

10. Mai 2014 Berliner Parteitag

Links sein, heißt den Menschen zugewandt zu sein

Rede von Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE



Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Gäste, wenn wir auf die letzten 2 Jahre zurückblicken, dann können wir wirklich stolz sein, was wir alles zusammen erreicht und bewegt haben. Ich erinnere mich sehr gut an die Monate vor und die Wochen nach Göttingen – an die schlechten Umfrageergebnisse, die Graben- und Positionskämpfe, die viele in der Partei verunsichert, demotiviert - ja sogar frustriert haben. Wir haben damals kein gutes Bild abgegeben. Gemeinsam haben wir aber

dieses Tal durchschritten. Wir sind stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag! Wir müssen uns von Umfrageergebnissen nicht den Schlaf rauben lassen. Nicht bei den Europawahlen und ganz sicher nicht mit Blick auf die drei Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres. Fast ein Viertel der Wählerinnen und Wähler kann sich vorstellen, DIE LINKE zu wählen. Das ist für eine immer noch junge und neue Partei wirklich ein positives Zeichen, liebe Genossinnen und Genossen. Gemeinsam ist es uns gelungen, unsere Partei als Anker für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu etablieren. Dass ist gar keine Selbstverständlichkeit. Andere Parteigründungen wurden erst hochgejubelt und hochgeschrieben und sind dann still und leise auf den Pirateninseln gestrandet. Und ich hätte im Übrigen gar nichts dagegen, wenn die Volkswissenschaftsprofessorenpartei AfD auch dort landen würde. Wir sind durchaus erfolgreich! Wir zwingen die anderen, ihre Positionen zu verändern und Schritte zu gehen, die sie ohne uns nie getan hätten. Wer glaubt denn ernsthaft, dass eine CDU-Bundeskanzlerin einem, wenn auch bescheidenen, Mindestlohn zugestimmt hätte, wenn wir das Thema nicht rechtzeitig auf die Tagesordnung gesetzt und Druck gemacht hätten? Und ich bin stolz auf unsere Partei. Stolz, wie wir an der Seite der Beschäftigten im Einzelhandel gekämpft haben. Stolz, dass wir eine Partei sind, in der diskutiert wird. Wir sind kein Wahlverein, bei dem Standpunkte mal über die Reling entsorgt werden. Wir sind eine linke, pluralistische Partei. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderungen nur im Bündnis mit den Menschen zu machen sind. Wir haben viele solcher Bündnisse geschmiedet: gegen den Ausverkauf des Öffentlichen, gegen die Agenda 2010, dagegen, dass die Krise auf Kosten der Bevölkerungen ausgetragen wird. Diesen Kurs müssen wir fortsetzen und bestärken. Allein in den Parlamenten lässt sich das Land nicht zum Besseren wenden. Dazu braucht es gesellschaftliche Bewegungen, Kämpfe und auch Auseinandersetzungen. Und wir werden keine Ruhe geben, wir werden weiter nerven,

wir werden die anderen Parteien weiter zwingen, sich mit der sozialen Frage auseinanderzusetzen. Wir stehen weiterhin an der Seite von Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen. Wir mobilisieren gegen eine Politik, die die Interessen von Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern und von Erwerbslosen verletzt. Und wir mobilisieren gegen eine Politik, die sich darauf beschränkt Klientelpolitik für Reiche und Konzerne zu betreiben.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Kapitalismus ist längst nicht mehr in der Lage, seine Wohlfahrtsversprechungen einzulösen. Nahezu ein Viertel der Beschäftigten und fast ein Drittel der Bevölkerung wird von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt und in prekäre - in jeder Hinsicht unsichere - Arbeits- und Lebensverhältnisse abgedrängt. Während ein kleiner Teil der Gesellschaft seine überschäumenden Gewinne und Vermögen in Luxuswohnungen der Weltstädte anlegt und mit der Größe seiner Yachten prahlt, wissen Millionen von Menschen in Werkverträgen, in Leiharbeit, in Mini- und Midijobs, oder Zeitarbeitsverträgen, im Niedriglohnbereich oder als Soloselbstständige nicht, ob sie im nächsten Monat noch Beschäftigung haben, wie sie die Miete und Energiekosten bezahlen sollen und wie sie mit ihrem bescheidenden Lohn überhaupt über die Runden kommen sollen. Während die Politiker der großen Koalition vom Arbeitsplatzwunder in Deutschland schwärmen, fragen sich Millionen Langzeitarbeitslose, warum denn dieses Wunder seit Jahren einen Bogen um sie macht. Für sie muss es sich zynisch anfühlen, wenn der Hauptakteur der Agenda 2010, der Ex-Kanzler der Bosse, kürzlich zu seinem 70-igsten Geburtstag von seiner Partei gefeiert wurde. Von einer SPD, die sich doch wieder sozialer geben will. Millionen von Erwerbslosen und Aufstocker_innen werden diese Partei nicht mehr wählen, die ihnen das eingebrockt hat und bis heute nicht bereit ist, diese unsägliche Schikane Namens Hartz IV auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. DIE LINKE hat hier eine bleibende Verantwortung: Wir werden uns immer als Bündnispartner und Anwalt der Betroffenen verstehen. Sie sind ein wichtiger Teil unserer Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen, das herrschende Produktionsmodell sieht so aus: auf der einen Seite sind überlastete Kernbelegschaften, die unter Dauerstress stehen. Auf der anderen Seiten rackern prekäre Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Beschäftigte in Werkverträgen und Befristungen, die übrigens auch dauernd in Stress und Existenzsorgen leben. Diese Arbeitsformen dienen der Lohndrückerei und dazu, die Ausbeutung zu verstärken. Der Stuttgarter Krimiautor Wolfgang Schorlau hat gerade einen neuen Krimi geschrieben, der die Verhältnisse in deutschen Schlachthäusern zeigt: Werkverträtler, die über Vermittlerfirmen aus verarmten europäischen Ländern angeworben werden. Den Schlachtereikonzernbesitzer Carsten Osterhannes lässt Schorlauer Folgendes sagen: »Ohne die Werkverträge müssten wir Tariflöhne bezahlen. Mir schaudert allein bei dem Gedanken. Durch die Werkverträge haben wir ein Niedriglohnparadies mitten in Deutschland geschaffen. Das ist unsere Basis, um den europäischen Markt aufzurollen. Mitten in Deutschland, im schönen Oldenburger Land, rund um das idyllische Münster mit den schönen Boutiquen, im Herzland des Katholizismus, haben wir es geschafft, ein Lohnniveau zu schaffen wie in den Karpaten.« Zitat Ende

Man fühlt sich an die Schilderungen der unmenschlichen Zustände in den Schlachthöfen von Chicago Anfang des 20. Jahrhunderts erinnert. Und so wie dort das Fließband erfunden wurde, das bei Ford die Automobilproduktion revolutioniert hat, so ist es jetzt auch wieder: das System der Werkverträge wird auch schon bei Daimler und VW, also in den industriellen Kernbereichen eingesetzt.

Liebe Genossinnen und Genossen, DIE LINKE wird sich niemals mit einem System arrangieren, das Millionen von Menschen von der gleichberechtigten Teilhabe ausschließt.

Wir werden niemals akzeptieren, dass in einer der reichsten Gesellschaften der Erde Menschen in unsicheren, ja zum Teil rechtlosen Verhältnissen arbeiten und leben müssen. Es wird eine der wichtigsten Kampagnen der LINKEN sein, prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen den Kampf anzusagen. Wir werden keine Ruhe geben, bis dieses Grundübel unserer Gesellschaft beseitigt ist, das sich inzwischen in ganz Europa ausgebreitet hat! Wir müssen allen begreiflich machen, dass Prekarisierung nicht eine kleine Gruppe von Abgehängten oder Ausgeschlossenen betrifft, sondern nahezu alle. Die große Koalition ist weder willens noch fähig, dieses Problem zu lösen. Was sie an Regulierung versucht, ist als wollte man ein Raubtier durch sanftes Zureden zähmen. Die SPD ist ja nicht einmal in der Lage, einen flächendeckenden Mindestlohn durchzusetzen, der existenzsichernd ist. Wo gibt es denn eine einzige Begründung, warum Jugendliche unter 18 Jahren, die die gleiche Arbeit wie junge Erwachsene über 18 Jahre verrichten, weniger verdienen sollten? Gleicher Lohn für gleiche Arbeit heißt die Devise. Besonders skandalös ist die Ausnahme für Langzeitarbeitslose – das ärgert mich unsäglich – und dazu noch in Firmen, die nicht tarifgebunden sind. Das ärgert doppelt: Erst wird so getan, als gäbe es einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnhöhe. Völlig haltlos. Und dann dürfen genau die Firmen weiter Lohndumping betreiben, die sich nicht an die Tarifverträge halten. Es darf doch nicht wahr sein, dass Langzeitarbeitslose schon wieder deklassiert werden und nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn wert sein sollen. Wir bleiben dabei: 10 Euro sind das Mindeste, die unterste Grenze. Löcher gehören in den Schweizer Käse und nicht in das Mindestlohngesetz.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen Prekarisierung ernsthaft bekämpfen, und dafür ist Folgendes notwendig:

- Schluss mit Werkverträgen und Leiharbeit. Sie führen zu Tarifdumping und Rechtlosigkeit. Und Schluss mit Tariffucht durch Outsourcing der Beschäftigten. Es muss die Regel sein, dass die Beschäftigten unter tariflichen und sozialen Bedingungen arbeiten und eben nicht die Ausnahme.
- Die Zahl der sachgrundlosen Befristungen hat sich in wenigen Jahren auf 1,3 Millionen verdreifacht. Fast jede zweite Neueinstellung wird befristet. Das ist jämmerlich und unsozial.
- Wir akzeptieren nicht, dass jahrelange Probezeit, Willkür und Unsicherheit die Beschäftigten zwingt, sich anzupassen und unterzuordnen. Wer kann denn streiken, wenn der Arbeitsvertrag befristet ist?! Sachgrundlose Befristungen gehören verboten.
- Die unsäglichen Mini- und Midijobs müssen endlich der Vergangenheit angehören. Es ist doch ein Anachronismus, dass im 21. Jahrhundert Millionen Menschen in Arbeitsverhältnissen arbeiten, von denen sie definitiv nicht leben können, und im Alter mit einer Rente vorlieb nehmen müssen, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist. Das sind doch halbfeudale Zustände und keine Verhältnisse in einer zivilisierten Gesellschaft.
- Immer mehr Menschen sind in unfreiwilliger Teilzeitarbeit unterbeschäftigt. 4 Millionen Menschen sind erwerbslos, während gleichzeitig Millionen Beschäftigte unter Dauerstress, Überforderung und der Entgrenzung der Arbeit leiden. Das ist doch kein Zufall!

Das zeigt: wir brauchen eine neue Offensive für Arbeitszeitverkürzung. Wir wollen gemeinsam mit Gewerkschaften eine Bewegung für die gerechte und zukunftsfähige Neuverteilung der Arbeitszeit starten. Mit beiden Gruppen zusammen: den Unterbeschäftigten und den Überlasteten. Wir müssen darum kämpfen, dass neu definiert wird, was als normal gilt. Normal muss es werden, dass alle Arbeit haben, von der sie leben können. Normal muss es werden, dass Leben und Arbeiten, Kinder

erziehen und Partnerschaften pflegen vereinbar ist. Die Arbeitszeit muss den unterschiedlichen Lebenslagen Rechnung tragen und größtmögliche Selbstbestimmung ermöglichen. Und, liebe Genossinnen und Genossen, eins ist doch klar: Der Lohnausgleich ist durch den Reallohnverzicht der letzten 10 Jahr längst bezahlt. Liebe Genossinnen und Genossen, statistisch ist es so: Wer von Ausgrenzung und Prekarisierung betroffen ist, geht immer weniger wählen. Soziale Ausgrenzung und Prekarisierung führen zu politischer Ausgrenzung. Ich sage: das ist beabsichtigt. Sie sollen nicht mehr wählen gehen, damit die etablierten Parteien in aller Ruhe weiter gegen sie regieren können. Sie sollen sich erst gar nicht vorstellen, dass sich ihre Verhältnisse verändern können. Damit alles so bleibt, wie es ist. Wir als LINKE müssen uns mit aller Kraft der Resignation entgegenstemmen. Wir wollen den Menschen eine Stimme geben: nur von uns, von den LINKEN haben sie etwas zu erwarten. Wir verbreiten auch die Hoffnung, dass die Verhältnisse verbessert werden können. Wir müssen den Menschen Mut machen, dass sie etwas verändern können, bei Wahlen und auf der Straße. Wir zeigen, wie gesellschaftliche Kämpfe geführt werden. Wir sind eine Partei, die an tausend Orten verankert ist. Überall dort können und werden wir anfangen, diese Auseinandersetzung zu führen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die neoliberale Politik hat in den letzten 30 Jahren alles getan, um die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentliche Infrastruktur zu privatisieren. Und sie hat die öffentlichen Investitionen halbiert, sie lässt große Teile des öffentlichen Eigentums verrotten und hat die Axt an die zentralen Säulen unserer Sozialsysteme gelegt. Das linke Gegenmodell heißt: Wir wollen das Öffentliche ausbauen, die Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe. Dass alle Menschen dazu Zugang haben, ist für uns Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit, von Wohlstand und Lebensqualität. Das Öffentliche ist ein Instrument gegen die Ausgrenzung der Armen. Aber nicht nur! Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge entlastet alle, übrigens auch die gestressten Mittelschichten. Sie ist die materielle Grundlage der Demokratie. Sie schafft die Räume, die gemeinsame soziale Erfahrungen erst möglich machen. Ohne das Öffentliche kann Demokratie vor Ort nicht gelebt werden.

Damit definieren wir auch Maßstäbe für unsere Kommunalpolitik: Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und öffentlichen Eigentums lehnen wir ab. Dazu gehört auch die Umwandlung in GmbHs oder AGs. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft und keine mit beschränkter Haftung. Bereits privatisierte Einrichtungen müssen rekommunalisiert werden, wie z.B. die Energienetze. Markt und Wettbewerb haben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nichts verloren. Ich will weder, dass mein Kind wettbewerbsfähig erzogen wird, noch dass Kranke und Alte nur gepflegt werden, wenn es Profit bringt. Hier geht es um elementare Grundbedürfnisse und nicht um Profit und Wettbewerbsfähigkeit. Es ist ein Skandal und Ausdruck großer Ignoranz gegenüber öffentlicher und sozialer Arbeit, dass Beschäftigte, die Kinder erziehen, Kranke und Alte pflegen, die den Müll wegtragen, die Parks und Anlagen sauber halten oder mit Bussen und Bahnen Millionen von Menschen täglich sicher durch den Verkehr bringen, so schlecht bezahlt werden. Deshalb unterstützt DIE LINKE jeden Kampf und jeden Streik um bessere Bezahlung und bessere personelle Ausstattung. Auch Wohnen und Energieversorgung gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wohnen muss ein Grund- und Menschenrecht sein und darf nicht dem Markt und dem Profitinteresse von Wohnungsspekulanten und Immobiliengesellschaften untergeordnet werden. In Deutschland scheint es völlig normal zu sein, dass die Mehrheit der Mieter einer Minderheit von Hausbesitzern und Immobilienkonzernen mit horrenden Mieten ihr Vermögen vermehrt. Das ist aber nicht normal, sondern ein gesellschaftlicher Missstand. Der muss beseitigt werden. Der Zeichner Heinrich Zille hat einmal gesagt: »Man braucht keine Axt um einen Menschen umzubringen. Es genügt auch eine

Wohnung.«

Was heute auf dem Wohnungsmarkt passiert, ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Öffentliche Wohnungen werden zu Tausenden an Heuschrecken verkauft. Beim Mieterwechsel werden die Mieten massiv erhöht, ohne dass an der Wohnung irgendwas gemacht wurde. Die Mietpreisbremse der Regierung ist hier doch nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein! Studierende können in vielen Städten kaum noch die Miete für ein Zimmer bezahlen, sofern sie überhaupt eines finden. Migrant_innen, Hartz-IV-Bezieher_innen und kinderreiche Familien stehen Schlange und haben kaum eine Chance auf eine Wohnung. Deshalb kämpfen wir für öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnraum. Für das Recht auf bezahlbare Wohnungen, für Mietpreisbegrenzungen. Und gegen die Privatisierung von Wohnraum. Gegen die Gentrifizierung unserer Städte. Öffentlich ist wesentlich – auch beim Wohnen. Zum Öffentlichen gehört auch: Energie in Bürgerhand. Also Stadtwerke werden demokratisch kontrolliert, produzieren ökologisch Energie und bieten soziale Tarife an. So verbindet DIE LINKE die Eigentumsfrage mit der Demokratie, die Ökologie mit dem Sozialen. Das unterscheidet uns von den Grünen, die weiter vom grünen Kapitalismus träumen. Ökologie und Kapitalismus sind ein Widerspruch in sich, liebe Genossinnen und Genossen. Und wir finden uns nicht damit ab, dass Menschen, die ihre Stromrechnung nicht bezahlen können, im Winter frieren oder Kerzen anzünden müssen. Das ist unzumutbar!

Liebe Genossinnen und Genossen, das Öffentliche ist auch ein politisches Feld, das Europa mit den Kommunen verbindet. Wir kämpfen in ganz Europa gegen die Politik der Troika, die die Staaten zwingt, ihr Eigentum zu privatisieren und Investoren und Spekulanten zum Fraß vorzuwerfen. Wir kämpfen europäisch und national für ein Zukunftsprogramm, das die öffentliche Infrastruktur ausbaut und Arbeitsplätze schafft. Wir kämpfen in den Kommunen und Regionen für bessere Schulen, den Erhalt unserer Krankenhäuser, für bezahlbare Wohnungen. Diese Kämpfe führen wir im Parlament und außerhalb des Parlamentes. Öffentlich ist wesentlich – stoppt den Ausverkauf, das gilt in ganz Europa wie hier vor Ort. Deshalb bei der Europawahl und bei den 10 Kommunalwahlen LINKE wählen.

Liebe Genossinnen und Genossen, seit nahezu 30 Jahren sind die Regierenden Mittäter und Komplizen, wenn es darum geht, die Mehrheit der Bevölkerung zu enteignen, und den Vermögenden, den Millionären und Milliardären zu helfen, ihre Profite zu mehren. In keinem europäischen Land sind die Vermögen so ungerecht verteilt wie in Deutschland. Beim Geld sind die Regeln der Schwerkraft völlig außer Kraft gesetzt. Das fällt nicht nach unten, sondern nur nach oben. Schon daran sieht man, dass dieses System wirklich krank ist. Das Ausmaß der Umverteilung zugunsten der Kapital- und Vermögensbesitzern ist ohne Beispiel in der Nachkriegsgeschichte. Und zwar in allen Bereichen: Von den Löhnen zu den Gewinnen. Die Lohnquote ist in den vergangenen Jahren um 80 Milliarden Euro gesunken. Die Vermögen sind um 40 Prozent gestiegen. Von den Besitzlosen zu den Vermögenden. Warum gibt es keinen Aufstand in diesem Land, dass 10 Prozent der Reichsten mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens besitzen, während die Hälfte der Bevölkerung gar kein Vermögen besitzt? Das dürfen wir doch nicht akzeptieren. Und von den öffentlichen Haushalten und Finanzen zu den privaten Vermögensbesitzern. In ganz Europa verzichten die Regierungen seit Jahren auf Steuereinnahmen von Reichen und Vermögenden, während sie Rentnerinnen und Rentner, Beschäftigte und Erwerbslose schröpfen. In ganz Europa sind die Steuersätze für Vermögende im Schnitt um 10 Prozent gefallen. Dieser Verzicht auf Steuereinnahmen von Reichen und die Kosten für die Bankenrettung haben die öffentlichen Schulden erhöht, und nicht die Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat, wie uns

Merkel und Co. weismachen wollen. Man muss es endlich begreifen: Wenn die Schulden wachsen, wachsen auch die Vermögen. Den 11 Billionen Euro Staatsschulden in ganz Europa stehen 14 Billionen Euro Vermögen der europäischen Millionäre und Milliardäre gegenüber. Wer ernsthaft die staatlichen Schulden senken will, der muss den Vermögensturm kleiner machen. Wer das nicht tut, darf sich nicht wundern, dass trotz rigider, unsozialer Kürzungs- und Verarmungsprogramme und Austeritätspolitik die Schulden immer größer werden, weil eben auch die Vermögen der Reichen und Superreichen immer weiter und weiter steigen. Die wachsende öffentliche Armut und der dramatisch steigende private Reichtum in wenigen Händen sind die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Interessant ist, dass selbst der IWF feststellen muss, dass Ungleichheit nicht nur soziale Spaltung und Elend produziert, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung bremst. So sagt der Vize-Chef des Weltwährungsfonds, David Lipton, erst kürzlich: »Das Thema Ungleichheit ist von enormer Bedeutung – und zwar nicht nur für Amerika. Ökonomen haben bisher argumentiert, dass Umverteilung das Wachstum schwächt. Wir behaupten: Es ist die Ungleichheit, die das Wachstum bremst.« Zitat Ende

Das ist vollkommen richtig. Auch wenn der IWF in der Praxis genau das Gegenteil tut. Genauso wie die große Koalition, die Troika und die EZB, zum Schaden der Mehrheit der Bevölkerungen in ganz Europa und hier in Deutschland. Die Rück-Umverteilung von Einkommen und Vermögen ist zentral für die Frage, ob ein Politikwechsel stattfindet oder nicht. Und DIE LINKE stellt sie in den Mittelpunkt. Sigmar Gabriel z.B. schwingt ständig große Töne und kann vor Selbstbewusstsein kaum laufen. Wenn es aber darum geht, sich mit den Reichen, Vermögenden und Großkapitalisten anzulegen, hat eher das Herz eines Hasen. Ein richtiger Angsthase ist er da. er nicht in den Geldbeutel der Reichen greift, kann die Flaute in den Kassen der meisten Kommunen nicht beheben. Wer nicht für Steuergerechtigkeit sorgt, kann weder eine vernünftige öffentliche Infrastruktur aufbauen, noch ein dringend nötiges Zukunftsprogramm für Europa finanzieren. Die meisten Menschen sind für die Millionärssteuer. Aber sie glauben einfach nicht, dass es möglich ist, den Reichen etwas wegzunehmen. Ihre Erfahrung der letzten 20 Jahre ist, dass die Reichen immer in den Geldbeutel der Armen gegriffen haben. Hier gilt - etwas abgewandelt - der biblische Spruch: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, bevor ein Reicher freiwillig etwas abgibt. Das bedarf schon eines erheblichen gesellschaftlichen Drucks. Wir sagen: es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Verteilungsgerechtigkeit. Wir müssen den Menschen aber auch Mut machen, dass es durch gesellschaftliche Bewegungen und eine starke LINKE möglich ist, sich mit den Reichen und Vermögenden anzulegen. Wenn sie überhaupt einer Kraft zutrauen, den Reichen in den Geldbeutel zu greifen, dann ist es DIE LINKE. Diese Hoffnung werden wir nicht enttäuschen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der kürzlich verstorbene britische Labour Politiker, Tony Benn, formulierte fünf Fragen, die allen Mächtigen gestellt werden sollten: Welche Macht hast du? Woher hast du sie? In wessen Interesse übst du sie aus? Wem bist du verantwortlich? Und wie können wir dich loswerden? Diese Fragen berühren die Grundelemente der Demokratie. Wir müssen sie gerade heute stellen. Noch nie wurde in den letzten Jahrzehnten soviel Demokratie abgebaut, wie heute. Da werden in ganz Europa Verträge in Stein gemeißelt, die gewählte Parlamente entmachten und sie zwingen, gegen die Interessen ihrer Bevölkerung zu regieren. Da gehen Lobbyisten in den Ministerien und EU-Kommissionen ein und aus. Die Lobbyorganisationen der Kapitalverbände diktieren den Ministerien Gesetze. Manche werden komplett von ihnen formuliert. Noch nie hatten wir eine so hohe Konzentration von Kapital bei Großkonzernen und Banken. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war so viel wirtschaftliche Macht in wenigen Händen versammelt. Und sie spielen ihre Macht

skrupellos aus. Die Regierungen in ganz Europa werden von den Banken, Konzernen und ihren Lobbyorganisationen am Nasenring durch die Arena geführt. Immer mehr Menschen fühlen sich ohnmächtig gegenüber dieser Übermacht - und sie haben recht. Das wird heute in ganz Europa von rechtspopulistischen und rechtsnationalen Parteien ausgenutzt, um ihr übles Spiel zu treiben. Die haben dabei alles im Sinn, aber nicht Demokratie und Gerechtigkeit. Im Gegenteil: Sie sind Vorboten für autoritäre, fremdenfeindliche, unsoziale und undemokratische Regimes. Wir müssen sie bekämpfen, wo wir nur können und dürfen nicht zulassen, dass sie Erfolg haben. Und das beste Mittel gegen rechts war schon immer gute, linke Politik. Verlässlich und glaubwürdig. Demokratie heißt eben nicht, dass diejenigen mehr zu sagen haben, die mehr Geld und Vermögen besitzen. Deshalb darf sich Demokratie auch nicht auf die politische und parlamentarische Arena, beschränken, auch wenn sie durch Volks- und Bürgerentscheide verbessert wird. Nein, wir wollen Demokratie auch in der Wirtschaft. Demokratie darf nicht am Fabrikator, auch nicht an der Bürotür, enden. Wer produziert was, wie und für wen? Welche Investitionen sorgen für mehr Wohlstand in der Gesellschaft und welche nur für mehr Profit? Wie wird der sozialökologische Umbau gestaltet? Die Entscheidung all dieser Fragen dürfen wir nicht gut bezahlten Managern oder den unsichtbaren Gesetzen des Marktes überlassen. Was die gesamte Gesellschaft betrifft, muss auch die gesamte Gesellschaft entscheiden. Das ist Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, alle Versprechungen von Merkel, Steinbrück, Gabriel und Schäuble, die Banken und Finanzmärkte zu regulieren, haben sich weitgehend in Luft aufgelöst. Wer die Banken nicht an die Kette legt, die Finanzmärkte nicht kontrolliert und die Steueroasen nicht trocken legt, der darf sich nicht wundern, wenn sich die nächste Finanzkrise unter der Hand bereits wieder aufbaut. Es ist unverantwortlich, dass sich weder die große Koalition, noch die EU in irgendeiner Form mit den Zockerbanken anlegt. Was an Regulierung versucht worden ist, ist in etwa so, wie wenn man im Casino das Pokerspielen verbieten würde. Die Spieler wechseln dann an den nächsten Tisch. Versuchen es mal mit Black Jack. Und wenn das geschlossen wird, wechseln sie zum Roulette. Wer nicht den Mut hat, das ganze Casino zu schließen, der braucht mit der Regulierung gar nicht erst anfangen. Wir wollen das ganze Casino schließen und nicht nur den Spieltisch wechseln. Das ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen zwingend, sondern auch aus demokratischen. Der ehemalige Bundesbankchef, Hans Tietmeyer hat bereits 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos gesagt: »Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.« Das Protokoll verzeichnete an dieser Stelle langanhaltenden Beifall der zahlreich anwesenden Regierungschefs und Minister. Sie klatschten wie verrückt, dass sie jetzt nichts mehr zu sagen haben. Das gibt es doch nicht! Wir werden deshalb nicht nur im Europäischen Parlament, sondern auch auf der Straße für die Vergesellschaftung, Verkleinerung der Banken und für die öffentliche Kontrolle der Finanzmärkte kämpfen. Deshalb sind wir im Bündnis für Blockupy aktiv und mobilisieren kräftig zur internationalen Demonstration und den Aktionen in den nächsten Wochen in Frankfurt und dezentral. Der Kampf gegen das Diktat der Finanzmärkte braucht einen langen Atem. Wir haben ihn!

Liebe Genossinnen und Genossen, der Konflikt um die Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass in Europa der Frieden brüchig ist. Inmitten der Ukrainekrise wurden mehrere Bundeswehreinmärsche beschlossen. Die Verteidigungsministerin war und ist beim Säbelrasseln vorne mit dabei. Es ist hier nicht der Platz und die Zeit, um den Ukraine Konflikt näher zu beleuchten, - das wird Katja in ihrer Rede tun -, aber an dieser Stelle nur soviel: Wenn Krieg droht, dann ist die verdammte Pflicht der LINKEN für

Frieden zu mobilisieren und sich den Kriegstreibern zu widersetzen. Es gibt keinen Grund, die friedenspolitischen Positionen unserer Partei aufzuweichen. Auch nicht als Türöffner für irgendwelche Regierungskoalitionen. Die Bundesrepublik braucht dringend eine Friedenspartei im Deutschen Bundestag. Und das sind und bleiben wir – DIE LINKE!

Mit uns sind keine Auslandseinsätze der Bundeswehr zu machen. Wir wollen keine Killerdrohnen für die Bundeswehr, damit die Schwelle zur Kriegsführung gesenkt wird. Wir sind nicht stolz darauf, dritt-größter Waffenexporteur der Welt zu sein. Die zahlreichen kriegerischen Konflikte in der Welt sind Ausdruck wachsender sozialer Gegensätze und Spannungen und imperialistischer Interessen. Vielleicht sogar der krisenhafte Beginn der Auseinandersetzung um eine veränderte Weltordnung. Gerade DIE LINKE muss herausarbeiten, was unter diesen veränderten Bedingungen Friedenspolitik heißt. Sie muss für eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung kämpfen. Und gegen jeden Versuch, Konflikte militärisch lösen zu wollen. Es ist ohnehin das lächerlichste, wenn ich von den anderen Parteien ständig höre, dass Militäreinsätze helfen sollen. Statt Geld dafür aufzubringen, Menschen zu töten, sollten wir lieber Geld aufbringen, um Menschen zu retten.

Liebe Genossinnen und Genossen, in zwei Wochen sind 10 Kommunalwahlen und die Europawahlen. Wenn wir uns anschauen, wie die politischen Konkurrenten für sich werben, dann wissen wir erstens: wie schamlos bei Wahlkämpfen gelogen wird und zweitens: wie wichtig DIE LINKE ist. »Damit Europa mehr Arbeit und Wachstum schafft«, steht auf den Wahlplakaten der CDU. Die Partei und ihre Kanzlerin hat mit ihrer Kürzungs- und Verarmungspolitik die Arbeitslosigkeit in Europa um 70 Prozent gesteigert. Und die Wirtschaft in vielen Ländern praktisch zum Erliegen gebracht. Die SPD versucht zu vermitteln, dass es in Europa ungefähr so zugeht wie in einer Familie: lachende Kinder, kuschelnde Erwachsene, miteinander nicht gegeneinander. Chancen statt Arbeitslosigkeit. Dabei hat die SPD doch alles mitgemacht, alles was Troika, IWF, EZB und Merkel durchgesetzt haben. Sie hat keinen Ansatz, das Außenhandels-Ungleichgewicht zu vermindern. Da kommt es her, das vielbeklagte »Gegeneinander«. Sie hat alles abgenickt und damit Millionen Menschen die Zukunftschancen geraubt. Welch eine Dreistigkeit, hier von Chancen zu sprechen. Die Hauptsorge der Grünen scheint sowieso der Hühnerhaltung zu gelten. Nicht, dass das nicht wichtig wäre. Aber es ist doch bezeichnend, dass der europaweite Sklavenhandel, der mit den Beschäftigten in der Fleischindustrie betrieben wird, kein Wort wert ist für diese Grünen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können doch ganz offensiv und selbstbewusst in die Wahlkämpfe gehen. Wir lügen die Leute nicht an und werben nicht für das Gegenteil dessen, was wir tun. Wir legen den Finger auf die Wunde, und wir finden uns einfach nicht damit ab, dass Menschen ausgebeutet, respektlos behandelt und ihrer Rechte und Zukunftschancen beraubt werden. Ich finde, dass wir können selbstbewusster sagen, dass wir LINKE sind. Man hat häufig das Gefühl, wenn man sagt: ich bin links, muss man gleich sagen was man nicht ist. Nicht für Stacheldraht, Diktatur, Ungerechtigkeiten in China oder sonst was. Sind wir nicht. Punkt. Selbstbewusst sagen wir, was und wofür wir sind: Wir sind für soziale Gerechtigkeit. Das ist doch tausendmal besser als für soziale Ungerechtigkeit zu sein. Wir sind stolz darauf, links zu sein, weil wir gegen Krieg sind und für Friedenspolitik. Wir sind für die Zukunft der Jugend, für die Verbindung von Ökologie, Sozialem und Ökonomie. Wir sind gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Wir glauben, dass die Menschen ihr Schicksal selber in die Hand nehmen können. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, da brauchen wir gar nicht verschämt zu sein. Wenn wir uns die Welt anschauen, dann müssen doch eigentlich sich die rechtfertigen, die nicht links sind. Deshalb sind wir selbstbewusst Linke. Linkssein heißt den Menschen zugewandt, dem Leben und auch der Zukunft.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Quelle: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/berliner-parteitag-2014/reden/bernd-riexinger/>